



## Eine englische Denkschrift.

### Die Konferenz von Cannes.

Die Erregung in Frankreich.

Die Erregung in Paris über die Verhandlungen in Cannes wächst immer mehr, sodaß sich Briand genötigt gesehen hat, nach Paris zu reisen, um in der Kammer beruhigende Erklärungen abzugeben. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten unter Vorsitz von Poincaré hat eine Entschließung angenommen und Briand übermitteln, in der es u. a. heißt:

1. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß der wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbau Frankreichs eine wesentliche Bedingung des Wiederaufbaues Europas ist. 2. daß die Reparationen, auf die Frankreich Anspruch hat, unantastbar bleiben, daß also weder eine neue Reduktion, noch eine Abänderung des Zahlungsplanes vom 16. Mai 1921 angenommen werden kann. Es ist unzulässig, die belgische Priorität im mindesten zu erschüttern. 3. Frankreich kann sich zu der geplanten internationalen Wirtschaftskonferenz nur begeben, wenn es im voraus die effektive Versicherung erhält, daß alle seine Rechte respektiert werden. 4. Der zwischen Frankreich und England diskutierte Pakt muß vor allem die Garantien, die Ausführungsmittel und die Pfänder, die Frankreich aus den Verträgen zu empfangen hat, bestätigen und ihm für die Gegenwart und Zukunft sichern. Der Ausschuß ist infolgedessen der Ansicht, daß nichts wirksam werden kann ohne die Tätigkeit des Parlaments.

Der französische Ministerrat, der unter dem Vorsitz Millerands tagte, soll sich auf folgende Grundlinien geeinigt haben:

1) keine Herabsetzung der Schuldforderung zuzulassen, 2) nicht auf die Befreiung des linken Rheinuferes zu verzichten, und 3) alle Rechte Frankreichs auf wirtschaftliche und militärische Sanktionen aufrecht zu erhalten, falls die Umstände es erfordern. In diesem Sinne sei ein langes Telegramm an Briand abgegangen.

Die ganze Bewegung geht also darauf hinaus, daß die beschlossene Herabminderung der deutschen Zahlungen beseitigt werde und Deutschland bezahlen müsse.

G. London, 12. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der Vertreter des „Evening Standard“ in Cannes meldet, die Reise Briands nach Paris müsse zu einem politischen Mißschlag führen. Das wäre nach einer Erklärungsrede die Auflösung der Kammer. Lloyd George soll über das französische Benehmen ungeduldig werden. Die Kuppelung in diesem politischen Streit erfordert dringlich seine Rückkehr nach London, die er nun wieder verschieben mußte. Der „Daily Chronicle“ hört aus Cannes, daß der Vertrag, wodurch England Frankreich gegen jeden direkten und unpropäzierten Angriff Deutschlands Garantien geben würde, 10 Jahre Geltung haben soll. Lloyd George habe sehr feste Bedingungen zur Sicherung des europäischen Friedens formuliert. Womoni aber sei dafür, daß sich einseitiger Vertrag dafür nutzlos wäre. Großer Nachdruck liege auf dem „direkten“, da England es ablehnt, in einen Krieg verwickelt zu werden, der durch die französische Politik in Polen oder anderwärts entbrennen würde. Der Leitartikel des „Daily Chronicle“ betont, der Wert eines solchen Vertrages würde nicht in der Abwendung irgendwelcher Gefahr, sondern in der Vermeidung der französischen Neven liegen. Pariser Meldungen ließen sie aber zweifelhaft erscheinen, und das französische Kabinett habe sich an der geplanten Abmachung von Cannes ausgedrückt.

### Reparationsfrage und Garantievertrag.

Zur Beruhigung der Gemüter in Frankreich soll auch das englische Memorandum dienen, das Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten überreicht hat. In dieser Denkschrift heißt es u. a.:

Die englische Regierung wünscht lebhaft, daß die Konferenz von Cannes zu einem bestimmten Ergebnis gelange, das sowohl von der französischen als englischen öffentlichen Meinung wie auch von derjenigen Europas gebilligt werde. Nach ihrer Ansicht sei für einen solchen Erfolg eines Einvernehmens zwischen der französischen und englischen Regierung unerlässlich. Stetig sei die öffentliche Meinung Englands wie Frankreichs besorgt und verwirrt und mit Recht nehme man an, daß Fragen auf dem Spiele ständen, die die Interessen beider Länder berühren. Die Wiederherstellung Europas sei über jedes Erwarten hinaus verzögert. Die Enttäuschung der Völker führe zu Mißverständnissen und Kontroversen. Diese Lage sei in ganz Europa, ja weit über Europa hinaus in bebauernten Gebieten Folgen zum Ausdruck gekommen. Das Scheitern der Konferenz von Cannes würde also eine Mißempfindung mit sehr üblen Folgen hervorrufen. Unbestimmte oder vorläufige Entscheidungen würden beurteilt werden, als ob sie einem Beschluß gleichkämen, und würden unvermeidlich die Meinungsverschiedenheiten verstärken, die längst zwischen den französischen und britischen Gefühlen sich bemerkbar gemacht hätten. Europa würde dies mit Verwirrung aufnehmen, weil die verschiedenen Völker, aus denen es sich zusammensetzt, der Ansicht seien, daß die Entente zwischen dem britischen Reich und Frankreich nicht nur ein wesentliches Element des Verständnisses unter den Alliierten bilde, sondern überhaupt unerlässlich sei. Die britische Regierung wünsche, daß die Konferenz von Cannes klar ausdrückt, daß das britische Reich und Frankreich im Frieden ebenso berechtigt sind, wie während des Krieges. Sie ist der Ansicht, daß es durchaus notwendig ist, das Problem in seiner Gesamtheit zu behandeln, und wünscht daher, die Lage der beiden Länder, wie sie sich jetzt darstellt, klarzulegen.

Nach Ansicht der englischen Regierung gibt es zwei Ursachen der Verzögerung in Frankreich: in erster Linie beunruhigt sich die öffentliche Meinung in Frankreich über die Reparationen. Frankreich macht Anstrengungen, die verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen, und ist deshalb genötigt, bedeutende Summen vorzutreiben, die im Budget ein großes Defizit hervorrufen. Diese Summen könnten und müßten von Deutschland bezahlt werden, aber trotz verschiedener Abkommen wurden die Reparationszahlungen der Deutschen immer wieder hinausgezögert. In zweiter Linie sei die öffentliche Meinung Frankreichs wegen der zukünftigen Sicherheit Frankreichs beunruhigt. Frankreich war in 120 Jahren viermal vom Feinde besetzt und

### Die Vergewaltigung des Saargebiets.

Entscheidungen des Völkerbundsrats.

Genf, 11. Januar. Der Völkerbundsrat hat in geheimer Sitzung auf Antrag des dänischen Berichterstatters für die Saarfragen, Tang-Fai-Fu, die vier ausscheidenden Mitglieder der Regierungskommission des Saargebiets für ein weiteres Jahr in ihrem Amt bestätigt, nämlich Faulst (Frankreich), Lambert (Belgien), Molte-Suitfeldt (Dänemark) und Waugt (Canada). Faulst wurde auch zum Präsidenten der Regierungskommission des Saargebiets ernannt. Diese neue Befragung, über die die amtliche Mitteilung des Völkerbundssekretariats keinerlei Angaben veröffentlicht, ruft angeichts der zahlreichen jüngsten Rundgebungen der saarländischen Bevölkerung gegen die Regierungskommission unter den hier weilenden Vertretern der Saargebwohner heftiges Aufsehen hervor.

Diese Entscheidung des Völkerbundsrats ebenso wie die über den Begriff „Saarbewohner“ (vergl. das Morgenblatt) beweist erneut, daß das deutsche Saargebiet unter der Herrschaft der vom Völkerbund eingesetzten internationalen Regierungskommission tatsächlich jeder Willfür preisgegeben ist. Denn der Völkerbundsrat erweist sich ebenso wie in der Frage von Copen und Malmedy und sonst überhaupt lediglich als Organ zur Vertretung der Interessen der Ententestaaten, im Falle des Saargebiets also als Agent Frankreichs.

trop der Verminderung der deutschen Bevölkerung während des Krieges und infolge der Friedensbedingungen sei Frankreichs Bevölkerung immer noch um 20 Millionen geringer als die Deutschlands. übrigen bestje Deutschland durch sein lebend aus dem Kriege zurückgekehrtes Heer 5 Millionen im Waffendienst geübter Männer, unter denen sich eine beträchtliche Anzahl Offiziere und Unteroffiziere befinden. Es sei wahr, daß Deutschland fast sein ganzes Kriegsmaterial und fast alle Waffen abgenommen wurden, aber Frankreich könne doch nicht umhin, durch das eine oder andere Mittel seine Inferiorität zu erleben. Es sei also wesentlich für Frankreich, den Unterschied zwischen seiner Bevölkerung und der Deutschlands auszugleichen, damit sein Grund und Boden gesichert bleibe.

In Großbritannien gebe es auch ernste Ursachen der Beunruhigung und Unzufriedenheit. Großbritannien sei ein Land, das von der Ausfuhr lebe. Sein Handel sei ebenso schrecklich ruiniert wie der französische. Die Folgen, die sich in menschlichen Entbehrungen sehr erster Art zeigten, betrafen zwei Millionen Personen der Arbeiterklasse, die durch Arbeitslosigkeit litten und deren Unterhaltungskosten pro Woche annähernd zwei Millionen Pfund betrügen. Diese Lasten würden einer Nation aufgebürdet, die viel stärker als jede andere von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges berührt worden sei. Frankreich dagegen sei in einer vorteilhafteren Lage als jedes andere europäische Land einmal wegen der Bedeutung der ländlichen Bevölkerung, andererseits aber auch wegen seiner inneren Produktion. Frankreich leide weniger durch Arbeitslosigkeit und den Zusammenbruch des internationalen Handels. Die Völker Europas jedoch litten unter den Kriegsurachen ebenso wie das britische Volk. In Italien und Belgien sei die Arbeitslosigkeit ernst. Italien hänge sehr vom Handel ab, es müsse eine viel stärkere Bevölkerung beschäftigen als vor dem Kriege. Belgien sei ein Land, das Nahrungsmittel importiere und auf Kosten des europäischen Marktes lebe. In Südeuropa und Mitteleuropa sei der Zusammenbruch und die Verwirrung des normalen Wirtschaftslebens noch viel marfanter. Millionen von Menschen lebten unter Entbehrungen, im Elend. Selbst die Inflation, die den arbeitenden Massen Arbeit und gute Löhne gegeben habe, könne nur zeitweilige Erleichterung bringen würde aber sicher eine Reaktion auslösen, so daß schon rechtzeitige Maßnahmen ergriffen werden müßten. Die Menschen, die nur über eine kleine Rente verfügten, litten noch mehr. In England, das vor dem Kriege eine außerordentliche Produktion an Rohmaterialien und Nahrungsmitteln hatte, kämpfte mit der Hungersnot. Aus Menschlichkeitsgründen und im Interesse des eigenen Wohlbefindens sei die Wiederaufrichtung Rußlands unerlässlich. Die europäischen Völker müßten versuchen, ein Heilmittel gegen den augenblicklichen Zustand Rußlands zu finden, denn auf die Dauer müßte die europäische Zivilisation ernstlich darunter leiden. Wenn man unmächtig sei, gegen einen derartigen Zustand anzukämpfen, werde er rasch zur sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe führen. Ebenso wohl in seinem eigenen Interesse wie im Hinblick auf das wirtschaftliche Wiederaufbauwerk Europas rufe Großbritannien Frankreich zur Mitarbeit an dieser großen humanitären Aufgabe auf. Die Aufgabe müsse schon jetzt unternommen werden.

Jeßlicher Verzug würde eine schreckliche Vertiefung des menschlichen Elends zur Folge haben und in gewissen Teilen Europas eine steigende Bedrohung der Zivilisation mit sich bringen. Das Problem, das sich für Großbritannien und Frankreich stellt, ist nun, zu wissen, wie man die notwendigen Schritte der gemeinsamen Aktion erfüllen kann. Diese Schwierigkeiten müssen in ihrer Gesamtheit gelöst werden. Es ist wesentlich, daß vollkommene Aufrichtigkeit zwischen den Staatsmännern beider Länder herrscht, wenn man die Aufgabe in wirksamer Weise lösen will. England erkennt vollkommen die Gründe für die Beunruhigung Frankreichs an und wünscht alles in seiner Macht Stehende zu tun, um es zu beruhigen, aber es kann die Wiederaufrichtung Europas nicht hinauschieben, wenn es die Wünsche Frankreichs bezüglich der Reparationen und seiner Sicherheit befriedigen will. Die britische Regierung müsse dem britischen Volke sagen können: Die beiden Länder marschieren gemeinsam, um die wirtschaftliche Organisation Europas und die allgemeine Prosperität der Welt wieder aufzurichten.

Was die Reparationen anbetriffe, sei die britische Regierung bereit, an den Abmachungen zu halten, die getroffen worden seien und aus denen Frankreich beträchtlichen Vorteil ziehe, während England, nicht minder beträchtliche Opfer bringen solle. England glaube, daß diese Abmachungen den hauptsächlichsten Bedürfnissen Frankreichs genügen können bis zu dem Augenblick, in dem eine finanzielle Regelung größeren Stils unternommen werden könne, vielleicht in zwei oder drei Jahren. Die Sicherheit Frankreichs gegen das Eingreifen des Feindes würde England als eine Angelegenheit zu betrachten haben, die auch seine eigenen Interessen berührt. England sei infolgedessen geneigt, die Verpflichtung zu übernehmen, mit seiner Streitmacht Frankreich zur Seite zu treten, wenn ein nicht probogierter

deutscher Angriff auf Frankreichs Boden erfolgt. Eine solche Garantie werde doppelten Wert besitzen. Sie werde nicht nur die Wirkung haben, Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs zu schützen, sie werde einen solchen Angriff auch äußerst unwahrscheinlich machen. 1914 wäre Deutschland wahrscheinlich nicht zum Angriff übergegangen, wenn es sich über den Umfang der Kräfte klar gewesen wäre, die das britische Reich im Kriege aufbringen konnte. 1914 habe Deutschland nicht angenommen, daß Großbritannien über mehr als sechs Divisionen verfüge. Es habe nichts oder wenig gewußt von der besonderen Art der Hilfsquellen des Bundes der britischen Völker. Heute werde es vorsichtig sein, denn es wisse, daß das britische Reich nicht aus sechs Divisionen, sondern seit dem Ende des ersten Kriegsjahres 400 000 Mann auf den französischen Schlachtfeldern unterhalten habe.

### Die Offensive gegen Briand.

\* Paris, 12. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Alles wird natürlich davon abhängen, ob Briand aufstehen wird, daß eine Debatte über die zahlreichen Interpellationen, welche sich auf die Konferenz von Cannes beziehen, noch heute stattfinden oder nicht. In dieser Hinsicht sind zwei Möglichkeiten gegeben. Entweder Briand fordert die Vertagung der Interpellationsdebatte, und es wird über diesen Antrag zu einem scharfen Kampfe zwischen der Regierung und deren Gegnern kommen, oder die Debatte wird vom Ministerpräsidenten angenommen, und dann ist es nicht abzusehen, wann die Debatte enden könnte. Briand wird jedenfalls offiziell erklären, daß er entweder noch heute abend nach Cannes zurückkehren oder daß diese Aufgabe einem anderen obliegen werde. Seine Gegner in der Kammer sind entschlossen, die Debatte möglichst in die Länge zu ziehen, um wenigstens die Reise des Ministerpräsidenten am heutigen Abend zu verhindern. Die Lage steht jedenfalls auf des Messers Schneide, doch trauen es Briands Anhänger seiner Dialektik und parlamentarischen Geschicklichkeit an, daß er noch einmal die aufgetürmten Hindernisse beseitigen könnte. Daß seine Nachfolger sich bereits rüsten, versteht sich von selbst. Am eifrigsten in dieser Hinsicht ist Poincaré, welcher, einer Meldung des „L'oeuvre“ zufolge, bereits gestern eine Art Ministerrat abhielt, dem aber einige seiner Ministerkollegen nicht beizuhören konnten, weil sie in dem gegenwärtigen Ministerrat zurückgehalten worden waren.

Tatsächlich dringt Briand alles zurück, was er sich nun wünschen konnte. In großen und kleinen Kreisen hat Frankreich seinen Anschauungen gegen die englischen zum Siege verholfen. Die Befreiung der Rheinlande bleibt bestehen. Frankreich wird nicht verpflichtet werden, seine Missionen herabzusetzen, und soar das Recht wird ihm gewahrt bleiben, gegenüber Deutschland im Falle von Verstößen gegen den Friedensvertrag Anmaßungsmassnahmen zu ergreifen. Soar die Nebenregierung in Frankreich, namentlich das Büttelkomité (die Vereinigung der großen Wertbesitzer in Lothringen, Lorraine und Brich) erhalten volle Befriedigung ihrer Wünsche, indem die deutschen Kohlenlieferungen weiterhin zum deutschen Preise vollzogen werden müssen.

Auch der englische Garantievertrag enthält eigentlich alles, was Frankreich sich wünschen kann, wenn man davon absieht, daß England sich nicht bereit erklärt hat, das von Frankreich höchlich geliebte Polen mit seinem militärischen Schutz zu beglücken. Frankreich fordert aber von dem Alliiertenvertrag, wie er von England ausführt worden ist, noch mehr.

\* Paris, 12. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Unmittelbar nach der Rückkehr Briands aus Cannes wird heute 11 Uhr vormittags der französische Ministerrat zusammengetreten. Bei dieser Gelegenheit soll es sich entscheiden, ob die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die im Augenblick noch zwischen Briand und einigen seiner Ministerkollegen bestehen, ausgeglichen werden können oder nicht. Würde dies nicht der Fall sein und es sich im Ministerrat zeigen, daß eine Ausgleichung der Gegensätze unmöglich sei, würde Briand noch um die Mittagsstunde seine Demission dem Präsidenten der Republik übermitteln. Vielfach macht sich die Ansicht geltend, daß tatsächlich ein Ausgleich der Gegensätze unmöglich sein werde und daß man mit einer Demission des Kabinetts rechnen müsse. Andererseits wird aber vielfach angenommen, daß der englisch-französische Allianzvertrag, den Briand aus Cannes mitbringt, instande sein werde, die erregten Gemüter zu beschwichtigen und das Einvernehmen im Schoße des Kabinetts wiederherzustellen. Damit wären aber alle Schwierigkeiten für die gegenwärtige französische Regierung nicht behoben, denn nachmittags wird sie den Ansturm in der Kammer und im Senat zu bestehen haben. Ob Briand selbst auf den Tribünen erscheinen wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Auf er in den Gouloirs und durch Privatbesprechungen die aufgereagte Stimmung der Abgeordneten und Senatoren beruhigen sollte, ist aber sicher.

### Die Vorgänge der letzten Tage.

\* Paris, 12. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Über die Vorgänge der letzten Tage in Paris berichtet heute der Chefredakteur des „Matin“, Stefan Louanne: Millerand sandte Briand nach Cannes ein Telegramm, welches beginnt mit den Worten: Nicht ohne Bedauern und nicht ohne Furcht stelle ich fest, daß... Er begründete die Furcht, die jeder haben müsse, der sehe, daß Frankreich sich auf eine internationale Konferenz mit Lenin begeben, ohne die nötigen Garantien zu haben. Der Artikel 6 der Resolution von Cannes löst Millerand weitere Furcht ein, weil er glaubt, er könne gegen Frankreich anwenden werden, wenn dieses sich verpflichtet sähe, irgend welche Strafmaßnahmen gegen Briand auf der anderen Seite des Rheins zu ergreifen. Briand erwiderte, daß er dem Obersten Rate alle notwendigen Vorbehalte in diesen beiden Punkten gemacht habe. Er glaube nicht, daß die in Cannes getroffene Entscheidung zu späteren Schwierigkeiten Anlaß geben könnte. In einer zweiten Depesche betont Millerand die Notwendigkeit, spätere Interpretationen zu vermeiden, weshalb der Oberste Rat sich kategorisch über die beiden vorgenannten Punkte auszusprechen müsse.

In dieser Situation trat am Dienstag der Ministerrat zusammen. Nach einer langen Beratung stimmte man vollkommen überein, daß wegen der Konferenz von Genoa Millerands Besürchtigungen gerechtfertigt seien. In der Reparationsfrage erklärte man, daß Deutschland wenigstens 1100 Millionen Goldmark bezahlen könne. Ein Moratorium könne nur gerührt werden, wenn Frankreich befriedigende Garantien erhalte, die in der Errichtung einer Kontrolle über die deutschen Finanzen und in der Errichtung neuer Pfänder bestehen müßten. Die belgische Priorität müßte anerkannt werden. Bezüglich des englischen Garantievertrages er

## Unabhängiger Parteitag.

Wäre man, dadurch dürfen nicht die Garantien Frankreichs vermindert werden. Auch dürfe der Vertrag nicht das Vorbild anderer Verträge sein, in die Deutschland einbezogen sei. Diese Ausführungen wurden Briand telegraphisch nach Cannes mitgeteilt. Er antwortete durch eine Depesche, worin er verschiedene Ausführungen gab und seine Kollegen kategorisch bat, mitzuteilen, ob er die Verhandlungen mit Lloyd George fortsetzen oder abbrechen sollte. Ansolowitsch trat gestern wieder der Minister zusammen. Er war ebenso besorgt wie der Ministerpräsident vom Dienstag. Briand erklärte, man habe nicht zu entscheiden, ob die Verhandlungen fortgesetzt oder abgebrochen werden sollten, sondern man solle über alle Anlegenheiten beraten, die Frankreich interessieren. Eine neue Depesche ging an Briand ab, worin er des Vertrauens seiner Kollegen versichert wurde, die ihm aufbieten, daß er patriotisch handle. Darauf erklärte sich Briand, nach Paris zurückzugehen. Vor seiner Abreise aus Cannes hatte er mit dem Sonderberichterstatter des „Matin“ eine Unterredung. Er sei einfach verärgert darüber, daß die parlamentarische Kommission Abschnitte vorgelesen habe, die sich auf Nebenreden der englischen Presse stützen. Er wolle sich mit voller Klarheit, wenn notwendig, auf der Kammertribüne äußern. Man werde ihm die Monarchien in der Reparationsfrage vor. Das seien für die Verleumdungen, da der Oberste Rat noch keine Entscheidung darüber getroffen habe. Briand selbst habe erklärt, daß Frankreich auch nicht einen Centimes seiner Forderungen für 1922 aufgeben wolle. Man habe auch den Alliierten Vertrag mit England für einen Eklektizismus bezeichnet. Alles dieses wolle er klarstellen. Er werde am Freitag nach Cannes zurückkehren, wenn er das vollkommene Vertrauen des Parlaments habe. Sonst müsse er anderer an seiner Stelle sehen. Derselbe Berichterstatter erzählt aus englischen Kreisen, daß sich dort immer wieder die Frage aufdränge, ob man überhaupt mit Frankreich weiter verhandeln könne.

### Die deutsche Delegation in Cannes.

Cannes, 11. Januar. Dr. Walter Rathenau hat heute nachmittag mit Sir Robert Perce und Loucheur konferiert. — Wie der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ meldet, wird der Oberste Rat am Donnerstag vormittag 11½ Uhr die deutsche Delegation anhören. Man vermutet, daß sie auch Freitag noch anwesend werden muß.

Cannes, 11. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Nach seiner Ankunft in Cannes erklärte Rathenau: Wir werden zuerst die neue Entscheidung des Obersten Rates anhören, und sodann Deutschlands wirkliche Lage barlegen.

### Das Eisenbahnfinanzgesetz.

§§ Die Verhandlungen über den Entwurf eines Eisenbahnfinanzgesetzes, die im Reichsverkehrsministerium unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Gröner in den letzten Tagen stattfanden, wurden gestern unter Teilnahme von zahlreichen Sachverständigen auf dem Gebiete der allgemeinen Volkswirtschaft und des Eisenbahnwesens fortgesetzt. Die Sachverständigen haben eine Reihe von Änderungen an dem Referentenentwurf vorgenommen. Es wurde ein engerer Ausschuss gebildet, der die Redaktion des neuen Entwurfes vornehmen soll. Der Organisationsausschuss wird dann in den nächsten Tagen zu dem abgeänderten Entwurf Stellung nehmen.

### Der Vorstoß der Radikalen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften entwickeln, wie schon erwähnt, gegenwärtig wieder eine besonders lebhaft politische Tätigkeit. Sie wollen einen Druck auf die Regierung ausüben, um ihre parteipolitischen Forderungen durchzusetzen. Die Aktion ist bereits im Gange. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes sich unter Berufung auf seine zehn Forderungen jetzt erneut mit dem dringenden Verlangen an den Reichskanzler gewandt, eine Entscheidung insbesondere über die „Erfassung der Sachwerte“ baldigst herbeizuführen. Auch die Unabhängigen treten auf den Plan. Die „Freiheit“ veröffentlicht das Manifest der U. S. P. D., das am 11. Januar vom Leipziger Parteitag einstimmig angenommen worden ist. Das Manifest enthält die Auffassung der Unabhängigen über die innen- und außenpolitische Lage, besonders die Klaff-Lampf-Politik der U. S. P. D., stellt eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Richtlinien auf für die „Erfassung der Sachwerte“ und die Sozialisierung der Schlüsselindustrie, insbesondere des Kohlenbergbaus, bestatigt den Anschluß der U. S. P. D. an die internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien und bezeichnet als bedeutendstes Ziel der Partei die Einigung des gesamten Proletariats.

### Der Tag des Erwachens.

Von Wolfgang Woidtschuhle.

„Ewald Bruns klang der Trübsinnigkeit des Freundes an das Ohr. Er vernahm, wie der Apotheker und Gannes laut in den Ruf mitschnitt. Aber es dünkte ihm leerer Schall. Gebannt blickte er auf das Antlitz des Kandidaten Wimppler. Die Züge des armen Schluders, die von einer verflimmerten, durchhängenden Jugend redeten, waren von westentzündender Verklärung verschönt. Als hielt er den heiligen Grab in der Hand, nicht einen Becher aus dem Vorrat des „Länen“, so hing sein Blick an dem hochgehobenen Reichglas. Ewald fühlte, hier wehte ein hochgemuter Geist, entbunden seiner Umgebung, die ihn in ihrer Stumpfheit winigte und verspottete, sein Leben einer heiligen Saufe. Die Weisheit des Augenblicks erfüllte Ewald ganz, und es durchdrang ihn der Gedanke, daß auch er den Weg gehen müsse, den der arme Kandidat eingeschlagen hatte. Aber auf dieser Welt ist nichts vergänglich als der Augenblick, in dem die Seele, frei von drückender Erbschwere, sich empor zu den Dingen der Ewigkeit erheben kann. Die lieben Mitbrüder, die der Aufblick zu tiefer Höhe taumeln macht, sorgen schon darum, daß der fähige Höhenpilger in Wäldern in den dampfenden Tiefen sich wiederfindet. Der Franzose hatte immer noch nicht recht erfahrt, was den kleinen Kreis in helle Begeisterung versetzte. Aber der wohlbeleibte Ratsherr Krause suchte den Trunkenen an. Mit boshaften Blicken auf den Kandidaten Wimppler, der in seiner ganzen ärmtlichen Schüchternheit sich erdreistet hatte, dem reichen Krause die Wahrheit zu sagen, klüfferte er dem Offizier etwas ins Ohr. Die jungen Vaterlandsfreunde sahen still um die Tafel herum, jeder in seinen Gedanken. „Ah, c'est tragique. Sie wollen rebellieren gegen die armée der grande nation.“ Der Wiedemann Niedlich hat's dem Welschen noch einige Worte zugehaucht. Brüllend war der Trunkene aufgesprungen. „Hous voulez massacrer les soldats de l'empereur?“ Der Regen flog aus der Scheide; der Lobende machte einige Schritte auf den Tisch zu, wo die Gegner erregt aufgesprungen waren. Mit geballten Fäusten stellte Reimer sich zum Schutz vor die Freunde. Der Franzose wich zurück und holte mit der Waffe weit zum Hiebe aus. Da tönte gellendes Jammergeschrei hinter seinem Rücken. Dort hatte Gebatter Niedlich in anscheinender Sicherheit die Entzündung der Dinge beobachtet. Doch in der Hand eines Weinseligens ist die Waffe auch für die Freunde gefährlich. Eine berbe, blutrünstige Weule war dem edlen Geher der gebührende Lohn.

D. Leipzig, 11. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Heute referierte zunächst Crispian über die internationale Arbeitergemeinschaft. Sie erhebe nicht den Anspruch, eine internationale im Sinne Moskaus zu sein. Ihre Parole sei, von Land zu Land die Macht zu erringen und die proletarische Wirtschaftsorganisation vorzubereiten. Jede Ergruppung müsse vor allem gehalten werden. Das bedeutet für Deutschland in erster Linie die Verteidigung der Demokratie. Wenn einst die Stunde gekommen sei, wo die Übernahme der Macht und der wirtschaftlichen Verantwortung den sozialdemokratischen Parteien zur Pflicht werde, dann müsse die Arbeitergemeinschaft entschlossen sein, alle Mittel — von der Massendemonstration bis zum bewaffneten Angriff — einzusetzen. „Wir erklären erneut: Wir kennen kein Vaterland, das sich Deutschland nennt, das allem anderen voranzustellen sei. Unser Vaterland ist die Erde. Unser Vaterland heißt Proletariat!“ (Stürmischer Beifall.)

Es folgt die Abstimmung über die Riesenzahl der Anträge zu den drei Referaten. Einstimmige Annahme findet das Manifest, in dem der Reichstagsfraktion und der Parteileitung das Vertrauen ausgesprochen wird. Von den anderen Anträgen wird nur der angenommene, die Reichstagsfraktion möge dahin wirken, daß der Ertrag der Einkommensteuer zwischen dem Reiche einerseits, Staat und Gemeinde andererseits so verteilt werde, daß die Notlage der Gemeinden wenigstens zum Teil behoben wird. Ferner wird der Antrag Berlin-Brandenburg angenommen, den 1. Mai und den 9. November zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären. Aus dem Geschäftsbericht ist erwähnenswert, daß die Mitgliederzahl der Partei inzwischen auf 800.656 angewachsen ist, darunter 44.000 weibliche Mitglieder. Der Kassenschatz betrug am 1. Dezember 1920 125.000 Mark. Die Partei verfügt über 48 Zeitungen. Der Mindestbeitrag soll auf 6 Mark pro Monat erhöht werden.

Im weiteren Verlauf der Beratungen berichtet Frau Ziegler über die dem Parteitag vorausgegangene Reichsfrauenkonferenz. Schröter entwickelt die Grundzüge für die Jugendarbeit der Partei. Seeger kritisiert die Erziehung der Arbeiterkinder in den Volksschulen und stellt die Beschäfte der Reichsbildungskonferenz gegenüber. Dittmann verliest dann ein über ihn von der Sowjetregierung eingegangenes Dementi. Darin wird in geschickter Form das meiste von den von Abramowitsch geschickten Maßnahmen zugegeben, wenn auch in abgeschwächter Form. Der Jungereitsch wird weder dementiert, noch zugegeben. Crispian teilt in diesem Zusammenhang mit, daß die Berliner Sowjetvertretung es abgelehnt habe, den ihr zugesetzten Protest des Parteitag auf diplomatischem Wege weiterzuleiten. Während dieser Ausführungen erlaubt sich ein kommunistischer Pressevertreter einen Zwischenruf und entsetzt dadurch lebhaft die Eritzung in der Saale und auf den Tribünen, die sich bei Eintritt der Mittagspause nicht gelegt hat.

In der Nachmittagsabspaltung wird mit der Aussprache fortgefahren und ein Dußend Redner marschiert abernials auf, ohne allerdings auch nur einen neuen Gedanken vorzubringen. Ein Dresdener Vertreter streift den in Bildung begriffenen mitteldeutschen sozialistischen Woch. Er könnte als Gegenstück zum reaktionären Bayern herangebildet werden. Am 5½ Uhr stellt die Düsseldorf Delegation den Antrag auf Schluß der Debatte, der angenommen wird. Im Schlußwort wendet sich Rudwig Hagen vor allem dagegen, daß in den Jugendorganisationen der Sport vor die Gewerkschafts- und Parteipflichten gestellt würde. Darauf wurde die Mehrzahl der Anträge zum Geschäfts- und Kontrollbericht, sowie die Frage der Bildungsreform und Jugendpflege angenommen oder dem Parteivorstand als Material überwiesen.

Im Zusammenhang mit dem Leipziger Parteitag der U. S. P. D. fand gestern in der Textilhalle auf dem Königsplatz in Leipzig eine Kundgebung statt. Es sprachen für Österreich: Friedrich Adler, für Frankreich: Raul Raure, Pierre Renaud und Grumbler, für Rußland: Abramowitsch und für die Schweiz Ernst Reinhardt. Weiterhin sprachen Luise Ziegler und Crispian.

### Verschiedene Mitteilungen.

§§ Die Eisenbahntarifserhöhungen. Der Reichsverkehrsminister hat seinen Entwurf für die am 1. Februar ein tretenden Eisenbahntarifserhöhungen, die bekanntlich eine Heraushebung der Gülertarife um 80 bis 83%, und der Personentarife um rund 75% vorsehen, den einzelnen Bezirksvereinsabgeordneten im Reiche zur Stellungnahme überfandt. Wenn sich diese auf dem Entwurfe geäußert haben werden, wird eine abermalige Sitzung im Reichsverkehrsministerium zur endgültigen Beschlusfassung zusammenzutreten.

Der Referentenentwurf zum Reichsbahnfinanzgesetz wurde am Dienstag im Reichsverkehrsministerium mit einer größeren Anzahl hervorragender Sachverständigen auf dem Gebiete der allgemeinen Volkswirtschaft und des Eisenbahnwesens eingehend erörtert. In der allgemeinen Aussprache wurden die Auffassungen über die Grundzüge des Entwurfes geklärt. Die Einzelprüfungen des Entwurfes wurde einem kleineren Ausschuss überwiesen.

Von dem Franzosen war nach dem unermuteten Zwischenfall die Erregung so schnell gewichen, wie sie gekommen. Schloß ließ er sich auf den nächsten Stuhl fallen. Lallend besah er seinen würdigen Begleitern, ihn hinauszuführen. Als Herr Niedlich jammernd auf seine Verletzung wies, begann der Kapitän wüßig zu schimpfen. Die beiden Ratsmänner mußten schließlich den Schwankenden unter die Arme nehmen und ihm den Willen tun. Auch die Freunde verließen nach herglichen Abschied von Gannes den „Länen“. Draußen war klarer Sternenhimmel; der Apotheker und der Kandidat verabschiedeten sich für heute, aber Reimer begleitete den unermutet wiedergefundenen Studiengenossen nach seiner Wohnung.

Die beiden Freunde schritten im Schweigen durch die Nacht. Es war bitter kalt geworden, daß der Schnee hart unter dem Tritt knirschte. Droben funkelten in der winterklaren Luft die Sterne in ihrer herben, strahlenden Schönheit. Und durch die alten Gassen ließ der gute, alte Mond seine Silberfluten wogen, in denen sich die Wandersden, immer wechselnden Formen der Schattenbilder der einjam Dahinwandeln spiegeln.

Mit einem Male blieb Ewald Bruns stehen. Er rief den Gutz von der heißen Stirn, daß die heißende kalte Luft sein Haupt umspülen konnte. „Das ist ein wunderbares Menschenkind, der Kandidat! Was hat ihm das Leben bisher geboten? Gungner und Frieren in einer elenden Dachkammer und reichlich Bißse und Kränke von den lieben Mitmenschen. Und jetzt soll er mit hinausgehen, um mitzuhelfen, daß der Gebatter Niedlich und der Herr Reichshauptmann Krause frei werden von dem Franzosenbolz.“

Reimer ließ den Affessor ausreden. Leise schüttelte er den Kopf, als berührte ihn an dem Gedanken des Freundes etwas peinlich. „Liebster Welter, Du wirst es mir nicht verargen, wenn ich Deinen Gedankengang reichlich wunderbar nenne — von meinem Standpunkt aus. Aber freilich, Du hast Dich ja so lange unter den Satten im Lande bewegt. Essen und Trinken und Behagen des Körpers ist euer Ein und Alles. Wenn euch das einer bietet, dann laßt ihr ihn gewähren, und wenn er schon alles um euch auf den Kopf stellt. Ihr lebt in eitel Zufriedenheit dahin, bis es eines schönen Tages an euer merles eigens Behagen geht. Dann schreit ihr Pater und Mord und ruft die lieben Mitbürger um Hilfe an. Die Juden aber nach bewährter Methode die Köpfe! „Was geht's uns an? Hilft dir doch selbst, lieber Freund!“ Ist's aber einer, der euch doch noch bespringt, so erkennt ihr sicher in ihm einen solchen dummen, wunderlichen Pater, der nicht zuerst an sich denkt, sondern an einen großen Zwed.“

Die beiden gingen weiter. Der Affessor hatte das entblöbte

Bei den Wahlen für die Vertrauensmänner und Sachleute der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin, wurden dem amlichrer Mitteilung für die miteinander verbundenen fünf Listen des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, des Frauenberufsverbandes, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, des Vereins junger Kaufleute in Berlin und des Deutschen Bankbeamtenvereins insgesamt 81.048 Stimmen abgabem, während auf die Liste der „Woh“ 81.558, und auf die Liste der Reichsversicherungsangestellten 608 Stimmen entfielen. Damit ist der Gedante des Reichsbundes, eine Verschmelzung zwischen Angestellten- und Reichsversicherungsvertrauensmännern herbeizuführen, hinsichtlich verwirklicht.

Der Berliner Magistrat besetzt Farbe. Bei den Wahlen zur Angestelltenversicherung standen sich in Berlin eine bürgerliche und eine sozialistische Liste gegenüber. Der Berliner Magistrat hat die Gelegenheit benutzt, in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber eigenartig Farbe zu bekennen. Er hat nämlich, wie der „Täglichen Rundschau“ berichtet wird, die avanzig Stimmen, die er abzugeben hatte, der sozialistischen Liste zukommen lassen. Die Arbeitgeber sind über diese Abstimung des Magistrats so entrüstet, daß das Verhalten des Magistrats auf ihre Veranlassung hin in der Stadterordnetenversammlung zur Sprache kommen soll.

Denkmalschwandung in der Siegesallee. Nohlige haben in einer der letzten Nächte die beiden Bronzestruken vom Denkmal Friedrich Wilhelms I. in der Siegesallee abgebrochen und gestohlen. Am Denkmal Friedrichs des Großen verjachten sie gleichfalls die beiden Bronzestruken zu fehlen, wie die teilweise Zerstörung der Marmorsodel beweist. Aus der linken Krone an diesem Denkmal sind mehrere Baden herausgebrochen. An fast allen Denkmälern sind frische Beschädigungen wahrnehmbar.

Die Berliner Kriminalpolizei ist umfangreichen Lebensmittelfartenschiefungen beim Schöneberger Magistrat auf die Spur gekommen. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft wurden ein Stadtkretar und vier Angestellte verhaftet. Die jahrelangen Schiefungen, die besonders mit Brot- und Mehlarten vorgenommen wurden, haben den Schuldigen Millionenbeträge eingebracht.

Wegen Kohlenmangels, der auf vollständige Verstopfung der Bahnhöfe zurückzuführen ist, hat das städtische Elektrizitätswerk in Düsseldorf die Kraftversorgung auf die Industrie eingestellt. Nur die lebenswichtigen Betriebe sollen noch mit Strom versorgt werden. Die Lichtversorgung wird einstweilen noch aufrecht erhalten.

Amts-vormundschaft. Das Archiv Deutscher We rufsoor mündere P. in Frankfurt a. M. hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der um Einführung einer Amtsvormundschaft gebeten wird.

Auf Verzögerungen im Durchgangsverkehr durch den polnischen Korridor macht eine Anfrage der ostpreussischen Abgeordneten Dr. Stiefen, Lawin und Graf zu Stolberg-Berningerode im Landtag aufmerksam. Es mehren sich in letzter Zeit in bedenklicher Weise die Fälle, daß sowohl Personen wie D-Büge von Berlin nach Ostpreußen und umgekehrt bei der Durchfahrt durch den polnischen Korridor erhebliche Verzögerungen, in einzelnen Fällen von mehreren Stunden, erleiden. Die Schuld an diesen unerfreulichen Vorkommnissen, durch die die an sich schon überaus schwere Lage Ostpreußens noch verschlimmert wird, scheint in Nachlässigkeit oder Untüchtigkeit des polnischen Bahnpersonals zu liegen. Die Anfrage wünscht tatkräftige Einwirkung auf die Reichsregierung, daß möglichst bald Abhilfe geschaffen wird.

Funktverkehr Hamburg-Berlin. Am Dienstag ist der versuchszweife eingeführte Mit-Funkttelegramm-Verkehr zwischen Berlin und Hamburg, bei dem es sich darum handelt, innerhalb der Zeit von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends Telegramme von ganz besonderer Wichtigkeit mit größter Schnelligkeit zu übermitteln, durch ein Telegramm des Staatssekretärs Brodow an den Hamburger Handelspräsidenten eröffnet worden. Das Telegramm wurde am 9 Uhr vormittags beim Haupttelegraphenamt Berlin N. 24, Oranienburgerstraße 78/76 aufgefertigt, um 9.08 drahllos nach Hamburg befördert, um 9.05 Uhr durch die Funkstelle des Telegraphen-Amtes in Hamburg bestätigt, und war 9.10 Uhr dem Empfänger zugesprochen.

Auf dem Deutschen Industrie- und Handelsstag, der am Mittwoch, 18. d. M., vormittags 10 Uhr, in der Aula der Handelshochschule zu Berlin stattfindet, werden sprechen Herr Kommerzienrat Dr. h. c. Momasse, Skottin, über die „Finanz- und Wirtschaftslage im Deutschen Reich“ und Herr Dr. Brandt, geschäftsführendes Präsidialmitglied, über „die Zukunft der Handelskammern“.

T. U. Landeshaupmann Schraffl f. Innsbruck, 11. Januar. Der frühere Landeshaupmann von Tirol, Schraffl, ist 67 Jahre alt in vergangener Nacht einem Schlaganfall erlegen. Er war längere Zeit hindurch der Führer der Christlichsozialen Partei in Tirol. Bei der Volksabstimmung zu einem fast einmütigen Votum der Tiroler für den Anschluß an Deutschland führte, war besonders seiner Werbetätigkeit anzuschreiben.

Die zweijährige Dienzeit in Polen. In erster Lesung wurde, wie aus Warschau berichtet wird, vom Parlament gestern das Gesetz über die allgemeine zweijährige Wehrpflicht in Polen angenommen. Das bestehende Heer soll 250.000 Mann betragen. Nur die Sozialisten waren Gegner des Entwurfes. Sie sprachen aber nur gegen die Länge der aktiven Dienzeit und gegen die dadurch erwachsenden Kosten, die sie auf 150 Millionen jährlich berechneten.

Im Mondenschein sah Reimer, daß sein Begleiter die Stirn schier trampfhaft gefaltet hatte, als kämpfe es gewaltig dahinter. Sie standen jetzt vor dem Hause des Herrn Steuerrat. „Gute Nacht, Ewald! Überlege es Dir also bis morgen reiflich, ob der Kandidat — und auch andere Leute — hinterbrannte Narren sind, oder ob Du vielleicht den Weg zu ihnen noch finden kannst.“ Ewald Bruns stand allein in der Nacht. Im Oberstod war Nicht. Dort sah der Vater, seine Abendpfiffe schmauchend. Gefunzen schloß der Affessor die Haustür auf. Langsam tappten seine Schritte die Treppe hinauf. Sehr eilig schien er es nicht zu haben. Langsam klimbe er die Tür zu dem Wohngemach auf. „Guten Abend, Vater!“ Der Steuerrat geteilt mit energischem Rud bis ungebührliche Labastwolle, die ihm die volle Sticht auf seinen tretenden Sprößling verwehrte. Diesem schienen der musterte Bild des Herrn Vaters einige Pein zu bereiten.

„Hast Du auch mit dem alten Wunderlich geredet? Schreißt mir nicht gerade auf der vollen Linie Erfolg eingeehnt zu haben, nach Deinem Geschäft zu urteilen. Hast Du Wamsell Müde an Wandel zu lassen bekommen? Wie steht's mit der Affessor? Oder warst Du etwa gar nicht bei den Wunderlichen oben?“

Die feuerkräftige Stirn zog sich bei der letzten Frage in ziemlich bedrohliche Angeln. Ewald sah jezt dem Vater gegenüber und bewellte sich, durch eine Antwort zum mindesten vor der Hand das ausgleibende Wetter abzulenken. „Ja doch, ich war dort. Aber, Vater, ich möchte Sie bitten ...“

Die kleine, verzögernde Pause schien lieh den büberlichen Unwillen anzuflehen. — „Was gibst's denn da wieder? Du hast doch keine Dummheiten gemacht, Ewald?“

„Mit Ihrer Erlaubnis, Vater, welche ich morgen nach Breslau.“ Was tausend, wie sich die büberliche Widene des gestrenkten Herrn Vaters änderte! Rein vergnügt blitzelten die Augenlein, über deren eben noch Falten des Hornes gethrant hatten. „Fahr nur zu Junge, Du scheinst die Sache brav gemacht zu haben. Gätte's Dir nicht zugetraut. Reiß Dich in der Resibung nur tüchtig zusammen, dann wird es am guten Fortgang nicht fehlen. — Aber warte, ich will sogleich für Dich einige Beilen an den Vetter Geheimrat und an den alten Grasselmeier aufsetzen.“

„Wollen Dank, lieber Vater, für Ihre Vorsorge. Wie freue ich mich, daß ich Ihren Beifall gefunden habe. Aber wissen Sie auch, wer mir den Gedanken in den Kopf geschämmt hat? — Reimer aus Berlin ist hier, der tolle Reimer, von dem ich Ihnen manches erzählt habe, und der Kandidat Wimppler ist gang be geilert von dem Aufruf. Die beiden sind es ...“

(Fortsetzung folgt.)



Letzte Nachrichten des Abendblattes.

Die Konferenz von Cannes.

Erklärungen Rathenaus.

ok. Cannes, 12. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Über die Beratungen der deutschen Delegationen mit der Reparationskommission...

Die Reparationskommission hat heute die deutsche Abordnung wegen der drei Fragen angehört...

Dieser offiziellen Mitteilung kann hinzugefügt werden, daß der Wortführer der deutschen Abordnung Rathenau war...

Die deutsche Abordnung hatte gestern nachmittag mit Horn und Loucheur eine längere Besprechung...

Der Garantievertrag.

\* Paris, 12. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der eigentliche Vertrag zwischen Frankreich und England besteht aus fünf Artikeln.

Der erste erklärt, daß im Falle eines Angriffes durch Deutschland England sofort mit allen militärischen, maritimen und Luftstreitkräften...

Artikel 2 befaßt, die Artikel 42, 43 und 44 des Versailler Vertrages (die Artikel beziehen sich auf das besetzte Gebiet) erscheinen den beiden Regierungen ungenügend...

Artikel 3 erklärt, daß die beiden Regierungen auch über die Maßnahmen ein Abkommen treffen werden, wenn die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages von Deutschland nicht beobachtet werden.

Artikel 4 erklärt, daß die Ratifikation durch die Dominions notwendig sein werde, damit diese Verpflichtungen auch für sie Gültigkeit haben.

Artikel 5 bestimmt, daß der Vertrag für 10 Jahre gilt und daß er ohne weiteres verlängert werden kann.

Zu diesem Hauptvertrage werden sich zwei Nebenverträge gesellen, der erste: der französisch-belgische Garantievertrag, wie er 1920 zwischen Belgien und Frankreich abgeschlossen wurde...

Das Programm für die Konferenz in Genoa.

w. Cannes, 12. Januar. (Amtlicher Bericht.) Der Oberste Rat einigte sich heute über das Programm der Fragen, die auf der Konferenz in Genoa erörtert werden sollen:

Zweck und allgemeine Bedingungen: Die bereits veröffentlichte Resolution vom 6. Januar 1922 legt die Gründe dar, die nach der einstimmigen Ansicht aller im Obersten Rat vertretenen Nationen die gemeinsame Anstrengung aller europäischen Staaten notwendig machen...

Finanzielle Fragen: Die Konferenz wird sich gleichzeitig mit den finanziellen Umständen, die der wirtschaftlichen Wiedergeburt Europas entgegenstehen, beschäftigen...

Wirtschaftliche Fragen: Die Hindernisse für die europäischen Wiedergeburt sind ebenso wirtschaftlicher wie finanzieller Natur. Die Konferenz wird daher untersuchen, wie die Schwierigkeiten beseitigt werden können...

Die Handelsverhältnisse werden verbessert werden können, mögen erweitert werden: Die Garantien, die der internationale Handel in der Geseßgebung und in den Bestimmungen betreffend die Handelsverträge...

Kommunisten und Sozialdemokraten.

Vor kurzem brachte die mehrheitlich sozialistische "Schlesische Verwachter" aus der Feder des Reichstagsabgeordneten Franz einen "Der kommunistische Stumpf in Schläfen" übernehmenden Artikel...

"Mit keinem Worte aber recht dies Kommunistenblatt auf unsere aufgestellten Behauptungen ein. Mit keinem Worte wird erwähnt, daß die geblante Sprengung des Breslauer Gewerkschaftshauses durch Kommunisten eine Unmöglichkeit ist...

[Grubenunfall.] = Im Julientisch der Konfordinagrube bei Hindenburg ereignete sich Dienstag vormittag ein schwerer Unfall. Die Häuer Przhbilka und Janik sollten an einem Pfeiler eine Sprengung vornehmen...

Deutsche Stimeisterchaft.

\* Die Deutsche Stimeisterchaft in Krummhübel kommt am Sonntag und Sonntag bestimmt zum Austrag. Seit Mittwoch ist starker Schneefall eingetreten...

Börsenberichte.

Berliner Dollarkurs 183-179-181 1/2-180 1/2.

Berlin, 12. Januar. Börsen-Anfangsbericht. (G. A. Tel.) Die Schwierigkeiten, die infolge der französischen Gegenstimmung bei den Verhandlungen in Cannes sich ergeben...

Berliner Notenkurse vom 12. Januar. Anfangskurse. (G. A. Tel.) Holland 6700, Dollar 183-179-181 1/2-180 1/2, Polnische Noten 642 1/2, Oesterreicher 3, Ungarn 28, Rumänen 140, Englische Noten 769, Paris 1560, Schweiz 3580.

Breslau, 12. Januar. Börsen. Die arde politische Unsicherheit veranlaßte Spekulation und Publikum weiter zu starker Zurückhaltung. So waren auch an der heutigen Breslauer Börse die Umsätze gering...

Neuherausgegebenen Tag etwa Tebatter. Best. Wären die Kurve mental verändert.

Table with columns for various bonds and stocks, including Deutsche Reichsanleihe, Österreich. Anleihen, and various industrial shares.

Oesterr. Banknoten (neue) p. 100er Kr. -- do. p. 1000 Kr. -- Tschecho-slowak. Staat (neue) 1000 Kr. 288 bz, 100r u. kleinere 283 bz.

Table of Dividendenwerte (Dividend values) for various companies, listing names, shares, and dividend amounts.

Produktenbörse.

Tägliche Amtliche Notierungen für 50 Kilogramm: Breslau, 12. Januar. Amtlicher Stimmungsbericht. Getreide: Bei schwacher Zufuhr etwas mehr Kauflust für Weizen und Roggen...

Table of daily price quotations for various types of wheat, rye, and other grains.

12. Jan. 9. Jan. Amtl. Notierung für 50 kg Dienstag u. Freitag. 10. Jan. 8. Jan.

Table of price quotations for various types of flour and other grain products.

Bei Heu Händlerpreis ab Verladestation. Bei Stroh Erzeugerpreis ab Verladestation.

Table of price quotations for various types of potatoes.

Wichtigster Bericht. Am heutigen Markt blieb bei mäßigem Angebot die Stimmung weiter fest, sowohl für Roggen als besonders für Weizen.

Table of price quotations for various types of oil, including cottonseed oil, rapeseed oil, etc.